

Aktuelles aus der psychosozialen Fach- und Berufspolitik der DGVT und des DGVT-BV

Ausgabe 2/2018 – 27. März 2018



Inhalt

- » Fach- und berufspolitische Informationen
- » Kinder und Jugendliche
- » Informationen zur Versorgung von Geflüchteten
- » Angestellte
- » Niedergelassene
- » Kostenerstattung
- » Rechtliches
- » Aus der DGVT
- » Regionales
- » Termine – DGVT-Fortbildung
- » Termine – DGVT-BV-Fortbildung
- » Termine der Landesgruppen

Fach- und berufspolitische Informationen

- **Big Science Strikes Again – Aktuelle Studie zur Wirksamkeit von Antidepressiva**
Wissenschaftler haben in einer großen Analyse, die in der Fachzeitschrift „The Lancet“ veröffentlicht wurde, insgesamt 522 Studien aus den vergangenen Jahrzehnten zur Wirksamkeit von Antidepressiva ausgewertet. Antidepressiva sind eine der meistverschriebenen Medikamentenklassen. Deswegen interessiert die Forschung dazu nicht nur die Wissenschaftler selbst, sondern auch die Öffentlichkeit. Umso wichtiger ist, dass diese Forschung gut gemacht ist. Es gibt erste Hinweise, dass die aktuell in vielen Medien behandelte Cipriani-Studie mit ihren Erfolgsmeldungen nicht gut gemacht wurde. Thorsten Padberg, Mitglied der Redaktions-Kommission der DGVT, hat einen sehr differenzierten Kommentar dazu geschrieben, den wir [hier](#) veröffentlicht haben.
- **Kleine Anfrage: Grüne fordern Aufschluss über Wartezeiten für Psychotherapie**
Die zum Teil langen Wartezeiten für einen Termin beim Psychotherapeuten sind Thema einer Kleinen Anfrage der Grünen-Fraktion im Bundestag. Die Wartezeiten für eine Richtlinientherapie betragen im Schnitt sechs Monate, im Ruhrgebiet und ländlichen Gebieten sogar acht Monate. Auch die Terminservice-Stellen der KVen würden von Anfragen nach Psychotherapie-Terminen überhäuft. Die Grünen Abgeordnete Maria Klein-Schmeink und ihre Fraktionskollegen haben eine [Kleine Anfrage](#)

gestellt und wollen nun wissen, wie die Bundesregierung die Lage einschätzt und was geplant ist, um die Wartezeiten zu verringern.

- **Antwort der Bundesregierung auf Kleine Anfrage der GRÜNEN zu Wartezeiten in der Psychotherapie**

Das BMG hat die [Kleine Anfrage der GRÜNEN](#) vom 2.3.2018 mittlerweile beantwortet. Die Antwort deutet nicht darauf hin, dass das BMG rasche Maßnahmen zur Verbesserung der Wartezeiten in der Psychotherapie in Planung hat. Patient*innen warten derzeit bis zu sechs Monate auf eine Behandlung, in manchen Regionen noch weitaus länger. Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

- **BPTK: Patienten-Checkliste Onlinetherapie**

Um Patienten wie Ärzten eine erste Orientierung über das schwer überschaubare Angebot an Gesundheits-Apps und -Programmen im Netz zu geben, hat die Bundespsychotherapeutenkammer eine Checkliste für Interessierte zusammengestellt, anhand derer Angebote kritisch hinterfragt werden können. Dazu gehören nach eigenen Angaben Aspekte zu Datensicherheit und der fachlichen Qualifikation der Ansprechpartner bei den Programmen. Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

- **Gesundheitsmonitoring des RKI: Wer nimmt psychiatrische und psychotherapeutische Leistungen in Anspruch?**

In Deutschland nehmen 11,3% der Frauen und 8,1% der Männer innerhalb eines Jahres ambulante psychiatrische oder psychotherapeutische Leistungsangebote in Anspruch. Das ist das Ergebnis einer Befragung von mehr als 24.000 erwachsenen Bürgerinnen und Bürgern durch das Robert-Koch-Institut (RKI). Im Rahmen ihres regelmäßigen Gesundheitsmonitorings »Gesundheit In Deutschland Aktuell« (GEDA) hatten sie die Zahl der ambulanten psychiatrischen und psychotherapeutischen Angebote erstmals mit deren Inanspruchnahme in Beziehung gesetzt.

Da besonders depressive Erkrankungen das Gesundheitssystem vor Herausforderungen stellt, lag hier ein Schwerpunkt der RKI-Studie. Demnach gehen jährlich 35% der Frauen und 31% der Männer mit depressiver Symptomatik in eine psychiatrische oder psychotherapeutische Praxis. In gut mit psychotherapeutischen Angeboten versorgten Regionen liegt der Anteil der depressiv erkrankten Menschen, die sich fachlich behandeln lassen, rund 15% über dem in schlecht versorgten Gegenden. Angesichts eklatanter Unterschiede in der Versorgung vor Ort mahnte das RKI einen Ausbau der wohnortnahen Angebote in Gebieten mit wenigen psychotherapeutischen oder psychiatrischen Praxen an.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

- **Wissenschaftliche Anerkennung von Psychotherapie: Ungelöste Widersprüche**

Mit seinem aktuellen Gutachten hat der Wissenschaftliche Beirat Psychotherapie (WBP) die Humanistische Psychotherapie nicht als wissenschaftliches Psychotherapieverfahren nach seinen Kriterien anerkannt, da methodisch hochwertige Studien fehlten. Das ist für viele Psychotherapeut*innen, die mit Gesprächstherapie, Gestalttherapie, Psychodrama, Körperpsychotherapie, Logotherapie, Existenzanalyse, Pessu Boyden System Psychomotor, Integrativer Therapie und Transaktionsanalyse arbeiten, die unter dem Dachbegriff „Humanistische Psychotherapie“ zusammengefasst wurden, enttäuschend. Mit dieser Entscheidung ist nun auch die letzte Chance vertan, die einzelnen Ansätze in der ambulanten Versorgung von den gesetzlichen Krankenkassen finanzieren zu lassen.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

- **S3-Leitlinie Dyskalkulie**

Die S3-Leitlinie „Diagnostik und Behandlung der Rechenstörung“ wurde Ende Februar 2018 auf der [Homepage der AWMF](#) veröffentlicht. Was ist ein simples Mathe-Problem und wo beginnt eine ernsthafte Rechenstörung? Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

- **Langer Fragenkatalog für Spahn: Kleine Anfrage der FDP**

Die FDP will von der neuen Bundesregierung wissen, wie sie sich die Zukunft des Gesundheitssystems vorstellt. In einer Kleinen Anfrage der Liberalen geht es unter anderem um Patientensteuerung und Bürokratieabbau. Die FDP-Fraktion im Bundestag wirft vor allem Fragen zur wirtschaftlichen Entwicklung im Gesundheitsbereich auf. So habe der Sachverständigenrat zur Begutachtung der ge-

samtwirtschaftlichen Entwicklung viele Verbesserungsvorschläge gemacht, ohne dass es zu Änderungen gekommen sei, heißt es in einer Kleinen Anfrage der FDP.

Zudem wollen die FDP-Gesundheitspolitiker wissen, wie die Bundesregierung im Gesundheitsbereich die sektorübergreifende Zusammenarbeit stärken will. Und welche „Chancen der Digitalisierung“ die Bundesregierung bislang „genutzt“ habe. Auch zu möglichen Plänen für eine „effizientere Patientensteuerung, wie sie der Sachverständigenrat fordert, verlangen die Liberalen Auskunft von der Regierung.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

- **Niederlande – OrganspenderIn auf Widerruf**

Mithilfe eines neuen Gesetzes will die niederländische Regierung die Zahl der Organspender erhöhen. Im Februar stimmte eine knappe Mehrheit des Parlaments für die sogenannte Widerspruchslösung. Nun sind alle Bürger*innen der Niederlande, die älter als 18 Jahre sind, automatisch als Organspender erfasst. Wer dies nicht will, muss der Regierung ausdrücklich widersprechen. Die Regierung in Den Haag muss nun noch festlegen, wann die Gesetzesänderung in Kraft treten soll. Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

- **Befragung von Therapeut*innen über existenzielle Perspektiven in der psychotherapeutischen Arbeit**

Derzeit wird an der Universität Zürich am Lehrstuhl für Klinische Psychologie mit Schwerpunkt Psychotherapieforschung eine Forschungsreihe über existenzielle Perspektiven in der psychotherapeutischen Arbeit durchgeführt.

Mit den oft herausfordernden existenziellen Konflikten sowie Sinn- und Lebenskrisen von Patient*innen scheinen Psychotherapeut*innen insgesamt sehr unterschiedlich umzugehen. Um die Bedeutung existenzieller Problemlagen für die therapeutische Praxis besser zu verstehen, untersucht eine aktuell laufende Studie (Online-Befragung) die individuellen Zugänge und Strategien von Therapeut*innen verschiedener Orientierungen für die Auseinandersetzungen mit „lebensphilosophischen“ Themen und Fragen ihrer Patienten.

Ärztliche und Psychologische Psychotherapeut*innen im deutschsprachigen Raum sind herzlich eingeladen, an der ca. 30-minütigen anonymen Umfrage teilzunehmen.

Als Dankeschön werden 10 Büchergutscheine im Wert von 50 EUR verlost.

[Hier](#) gelangen Sie zur Umfrage.

- **Allgemeine Erklärung der Menschenrechte**

Die *Allgemeine Erklärung der Menschenrechte* wurde am 10. Dezember 1948 von den Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen verabschiedet. Sie umfasst 30 Artikel, in denen die Rechte und Freiheiten eines jeden Menschen festgelegt sind. Zu ihrem 70. Geburtstag in diesem Jahr hat sie an Aktualität und Dringlichkeit nichts eingebüßt. Deshalb widmet der Paritätische Wohlfahrtsverband das Jahr 2018 dem Thema Menschenrechte auf besondere Weise. Den Text der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte finden Sie [hier](#). Menschen-Rechte: Die 30 Regeln in leichter Sprache finden Sie [hier](#).

Die Veranstaltung des Paritätischen am 19. und 20. April 2018 in Potsdam dazu ist offen für alle Interessierten. Details zu Programm und Anmeldung sowie weitere Veranstaltungshinweise im Rahmen unserer Kampagne finden Sie [hier](#).

- **Analyse zum Thema "Bekämpfung von geschlechtsspezifischer Gewalt"**

Das Deutsche Institut für Menschenrechte hat eine Analyse zum Thema "Bekämpfung von geschlechtsspezifischer Gewalt" veröffentlicht. Im Kapitel "Frauen mit Behinderung" (Kapitel 4.3) wird empfohlen auf bundes- sowie landesrechtlicher Ebene Vorkehrungen zum Gewaltschutz in Wohneinrichtungen gesetzlich zu verankern und eine wirksame Überwachung von außen sicherzustellen, in dem die "Heimaufsichtsbehörden" für diese Aufgabe qualifiziert und eine unabhängige menschenrechtliche Überwachung etabliert wird. Die Analyse "Die Istanbul-Konvention" finden Sie [hier](#).

- Junge Nachwuchskräfte erarbeiten Projekt „Gemeinsam Brücken bauen“ für eine bessere interprofessionelle Zusammenarbeit von Heilberufen in Krankenhäusern**

Unter dem Titel “Gemeinsam Brücken bauen” entwerfen junge Nachwuchskräfte des ärztlichen und pflegerischen Dienstes Bergmannsheil sowie die Bundesvertretung der Medizinstudierenden in Deutschland e.V. (bvmd) unter der Leitung der Unternehmensberatung Blue Moon CMC GmbH aus Langenfeld eine zukunftsorientierte Projektstudie. Ziel der Studie ist die Stärkung der interprofessionellen Zusammenarbeit von Heilberufen in Krankenhäusern. Das oberste Ziel des Projektes ist die Verbesserung der Patientenversorgung und der Mitarbeiterzufriedenheit durch eine bessere interprofessionelle Zusammenarbeit, wobei wir weg vom autoritär gesteuerten zum lernendem Gesundheitssystem wollen.

Den ausführlichen Projektbericht finden Sie [hier](#).

Der vollständige Text der Pressemitteilung der bvmd kann [hier](#) abgerufen werden.
- Pressemeldung des Statistischen Bundesamtes: 263 400 Patienten im Jahr 2016 wegen Depressionen im Krankenhaus behandelt**

In Deutschland wurden im Jahr 2016 insgesamt 263 428 Patientinnen und Patienten aufgrund einer Depression vollstationär im Krankenhaus behandelt. Das waren 7 % mehr als vor 5 Jahren (2011: 245 956 Patientinnen und Patienten). Unter den im Jahr 2016 behandelten Patientinnen und Patienten waren 15 446 Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren, was einem Anteil von 6 % entspricht. 2011 hatte ihr Anteil noch bei 3 % gelegen.

Die Gründe für den Anstieg der Krankenhausbehandlungen sind komplex und vielschichtig und lassen sich nicht direkt aus der Krankenhausstatistik ablesen. So kann es zum Beispiel durch die gestiegene Lebenserwartung und die Anfälligkeit Älterer zu höheren Zahlen gekommen sein. Zudem kann auch eine bessere Diagnostik und Sensibilität gegenüber psychischen Erkrankungen zu dieser Entwicklung beigetragen haben.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- Ratgeber für Patientenrechte**

Das Bundesgesundheitsministerium hat einen Ratgeber für Patientenrechte aktualisiert. Die Broschüre bietet eine verständliche Darstellung und Erläuterung der Rechte der Patientinnen und Patienten. Mit dem 2013 in Kraft getretenen Patientenrechtegesetz wurden wichtige Patientenrechte ausdrücklich im Gesetz festgeschrieben. Auf dieses Gesetz können sich Patient*innen berufen, wenn sie ihre Rechte gegenüber dem Behandelnden (Arzt, Zahnarzt, Psychotherapeut, aber auch gegenüber Physiotherapeuten oder Hebammen) einfordern möchten.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- Schweizer Bundesrat verärgert die Psychotherapeut*innen**

Die Psychologen wollen endlich über die Grundversicherung abrechnen können – doch der Bundesrat bremsst aus Angst vor einer Kostenexplosion. Nun drohen die Betroffenen mit einer Volksinitiative.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- Studie in rechtspopulistischen Hochburgen in Deutschland und Frankreich**

Viele Menschen in strukturschwachen Regionen mit hohem Anteil rechtspopulistischer Wähler fühlen sich von der Politik verlassen. Das befindet die erste Studie ihrer Art zu den letzten Wahlen in Deutschland und Frankreich: 500 Haustürgespräche zeigen auf, welche Herausforderungen die Befragten in ihrem Alltag haben und warum oftmals die sozialpolitischen Bedingungen – und nicht etwa Fremdenfeindlichkeit – Grund ihres Unmuts und ihrer Zukunftsängste sind. Basierend auf den authentischen Schilderungen der Menschen entschlüsselt die Studie „Rückkehr zu den politisch Verlassenen“ deren Deutungsmuster und macht sie zugänglich für Handlungsempfehlungen, die darauf abzielen, das Vertrauen dieser Bevölkerungsgruppen zurückzugewinnen.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

Kinder und Jugendliche

- **KIGGS-Studie des RKI veröffentlicht neue Daten zu Gesundheit und Gesundheitsverhalten von Heranwachsenden**

Wie viele Jugendliche rauchen, und wie viele von ihnen tun dies auch noch als junge Erwachsene? Wie viele übergewichtige Kinder sind auch nach mehr als zehn Jahren noch übergewichtig? Wie haben sich psychische Auffälligkeiten bei Kindern und Jugendlichen im Lebensverlauf entwickelt?

Die neuen Ergebnisse der Studie zur Gesundheit von Kindern und Jugendlichen, KiGGS, geben erstmals Antworten aus der Untersuchung und Befragung von Teilnehmenden, die bereits an der ersten, 2006 beendeten, Studie teilgenommen haben.

KiGGS ist die einzige umfassende Studie zur Gesundheit von Kindern und Jugendlichen in Deutschland. Für die erste KiGGS-Studie von 2003 bis 2006 wurden 17.641 Kinder und Jugendliche im Alter von 0 bis 17 Jahren in 167 Orten untersucht und gemeinsam mit ihren Eltern befragt. Die aktuelle Untersuchung wurde von 2014 bis 2017 wiederum an 167 Orten durchgeführt, mit 10.853 Teilnehmenden aus der ersten Studie und einer neuen Stichprobe 0- bis 17-Jähriger (15.023).

Weitere Informationen finden sich im [Journal of Health Monitoring 1/2018](#) und in einer Kurzbroschüre mit ausgewählten Ergebnissen, die als Printversion unter gbe@rki.de bestellt werden kann.

- **BMG-Ideenwettbewerb „Verhältnisprävention“**

Am 2. März hat die Gesellschaft für Versicherungswissenschaft und -gestaltung (GVG) gemeinsam mit dem Bundesministerium für Gesundheit (BMG) eine ausführliche Darstellung aller Projekte des BMG-Ideenwettbewerbs „Verhältnisprävention“ der Öffentlichkeit vorgestellt. Zahlreiche Initiativen wollen mit diesem Konzept dem Übergewicht bei Kindern zu Leibe rücken. Meist sind die Projekte wenig bekannt und kaum vernetzt. Die Gesellschaft für Versicherungswissenschaft und -gestaltung (GVG) will das im Auftrag des BMG ändern. In einer neuen Broschüre der GVG sind 37 besonders erfolgreiche Initiativen in Berlin der Öffentlichkeit vorgestellt worden. Die Publikation ist aus dem im vergangenen Jahr von der GVG durchgeführten BMG-Ideenwettbewerb „Verhältnisprävention“ hervorgegangen. Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

- **Aktionstag 5. Mai 2018: "Inklusion von Anfang an"- Warum dieses Motto?**

Wenn Kinder früh lernen, mit Unterschieden umzugehen, macht sie das stark für die Zukunft. So können sie die Welt zum Besseren verändern. Gemeinsames, lebenslanges Lernen prägt nämlich das Sozialverhalten und ist gut für die Persönlichkeitsentwicklung. Wo Inklusion früh gelernt und gelebt wird, entstehen Barrieren im täglichen Umgang gar nicht erst. Bei den bundesweiten Aktionen zum 5. Mai sollen Kinder, Jugendliche und ihre Eltern aber auch Menschen, die in Schulen oder in der Kinder- und Jugendhilfe arbeiten, noch stärker eingebunden werden als bisher.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

- **Forschungsteam testet Training für psychisch kranke Eltern**

Aktuelles vom Forschungscampus Mittelhessen: Bund fördert das Forschungsprojekt „COMPARE-family“ mit über zwei Mio. Euro

Kinder psychisch kranker Eltern stehen im Mittelpunkt eines neuen Forschungsvorhabens, das die Psychologie-Professorin Dr. Hanna Christiansen von der Philipps-Universität leitet. Das Forschungsteam aus Marburg, Gießen und drei weiteren deutschen Universitäten möchte herausfinden, ob sich ein spezielles Elterntraining positiv auf die Kinder von Personen auswirkt, die an einer psychischen Erkrankung leiden. Das Bundesforschungsministerium (BMBF) fördert das Projekt „COMPARE-family“ in den kommenden vier Jahren mit mehr als zwei Millionen Euro.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

Informationen zur Versorgung von Geflüchteten

- **Kostenlose Onlinekurse im Kontext der Betreuung von geflüchteten Minderjährigen**
Die Klinik für Kinder- und Jugendpsychiatrie/Psychotherapie des Universitätsklinikums Ulm (Prof. Jörg M. Fegert) entwickelt im Rahmen des vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) geförderten Verbundprojektes „SHELTER“ drei Online-Kurse zu Themen, die im Kontext der Betreuung von geflüchteten Minderjährigen wichtig sind.
Zielgruppe der Online-Kurse sind unter anderem approbierte bzw. sich in der Ausbildung zur Approbation befindliche Fachkräfte aus den Bereichen Therapie und Medizin.
Deshalb möchten wir Sie hiermit gerne auf das Angebot aufmerksam machen und auf die Möglichkeit der kostenlosen Teilnahme während der Projektlaufzeit (2016-2019) hinweisen. Die Online-Kurse werden bei der Landesärztekammer Baden-Württemberg mit CME-Punkten zertifiziert.
Weitere Informationen zu den einzelnen Online-Kursen finden Sie [hier](#).

Angestellte

- **Arbeitsbedingungen beurteilen – geschlechtergerecht - Gender Mainstreaming in der Gefährdungsbeurteilung psychischer Belastungen**
Die Arbeitswelt verändert sich, und das immer schneller. Das hat insbesondere Auswirkungen auf die konkreten Arbeitsbedingungen und die Gestaltung von Arbeit- und Gesundheitsschutz. Nach dem Arbeitsschutzgesetz §5 muss der/die Arbeitgeber*in bereits seit 1997 für alle Arbeitsplätze beurteilen, welche Gefährdungen für die Gesundheit bestehen können. Diese Gefährdungsbeurteilung ist so etwas wie der TÜV-Check für die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten im Betrieb. Hierbei spielte das Thema "Gender im Arbeits- und Gesundheitsschutz" von Anfang an eine bedeutende Rolle, erlangte zunehmend mehr Aufmerksamkeit und hat sich weiterentwickelt. Das haben wir in der überarbeiteten und neu aufgelegten Broschüre „Arbeitsbedingungen beurteilen – geschlechtergerecht. Gender Mainstreaming in der Gefährdungsbeurteilung psychischer Belastungen“ berücksichtigt. Wir bedanken uns bei allen Beteiligten, die uns ihre Zeit und ihre Gedanken zur Verfügung gestellt haben und wünschen den Leser*innen viele Anregungen für ihre Arbeit.
Weitere Informationen finden Sie [hier](#). Oder [hier](#) direkt zum Newsletter anmelden
- **Koalitionsvereinbarung zu Krankenhäusern. Weichen gestellt**
Die Beschäftigten der Krankenhäuser haben die Überlastung und den Personalmangel auf die politische Agenda gesetzt – mit öffentlichen Protesten und betrieblichen Aktionen. Das schlägt sich auch im Koalitionsvertrag von Union und SPD nieder. Dieser verspricht einige Weichenstellungen, die bei konsequenter Umsetzung zu Verbesserungen führen können.
Der vollständige Artikel wird in der nächsten VPP 2/18 veröffentlicht, die Mitte Mai erscheint.

Niedergelassene

- **Ab 1. April Abrechnung von Leistungen zur Verordnung von medizinischer Rehabilitation und Soziotherapie möglich**
Psychologische Psychotherapeut*innen und Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeut*innen können ab dem 1. April 2018 Leistungen zur Verordnung von medizinischer Rehabilitation und Soziotherapie abrechnen. Darauf haben sich die KBV und der GKV-Spitzenverband im Bewertungsausschuss geeinigt. Die KBV konnte in den Verhandlungen mit den Krankenkassen erreichen, dass das Ausstellen der Verordnungen extrabudgetär vergütet wird – und zwar ab April für alle abrechnungsberechtigten Vertragsärzte und Vertragspsychotherapeuten. Bislang wird die Verordnung einer medizinischen Reha durch Ärzte aus der morbiditätsbedingten Gesamtvergütung bezahlt und damit nicht zu

festen Preisen. Bei der Soziotherapie wäre die Regelung zur extrabudgetären Vergütung Ende März ausgelaufen. Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

- **BPTK: EBM-Ziffern zur Verordnung von Soziotherapie und psychotherapeutischer/psychosomatischer Rehabilitation**

Der Bewertungsausschuss hat es endlich geschafft, die EBM-Ziffern zur Verordnung von Soziotherapie und psychotherapeutischer/psychosomatischer Rehabilitation zu beschließen. Diese Befugnisse wurden den PPs und KJPs im Rahmen des GKV-VSG zugesprochen wie auch die Verordnung von Krankentransporten und die Einweisung ins Krankenhaus, die schon seit geraumer Zeit in Kraft sind. Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

- **Qualitätssicherungskommission (QSK) der DGVT/DGVT-BV stellt Paket für Diagnostik und QS in der Praxis zur Verfügung**

Materialien, Linkliste und Testbeschreibungen sind im internen Mitgliederbereich des DGVT-BV veröffentlicht. Wenn Sie mit lizenzfreien Tests arbeiten und gute Erfahrungen gemacht haben, freuen wir uns auch über Hinweise, um den Pool stetig zu erweitern. Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

- **Info zur Telematikinfrastruktur (TI): Kosten für die Anbindung werden Praxen erstattet**

Ärzte und Psychotherapeuten müssen nicht selbst für die Anbindung ihrer Praxen an die TI aufkommen. Nach den gesetzlichen Vorgaben sind die Krankenkassen verpflichtet, die Kosten für die Erstausstattung der Praxen und den laufenden Betrieb in voller Höhe zu übernehmen. KBV und GKV-Spitzenverband haben sich dazu unter Moderation des Bundesschiedsamtes auf eine Vereinbarung zur Finanzierung der TI geeinigt. Die Vereinbarung ist ab 1. Juli 2017 gültig.

Wir möchten empfehlen, dass Sie sich über Ihre jeweilige KV informieren, was die regionale Umsetzung und die Frage der Pauschalen betrifft. Derzeit bereiten wir eine DGVT-BV-Mitglieder-Info vor, die die Fragen nochmals etwas ausführlicher aufgreift.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

- **Telematikinfrastruktur - das sichere Netz für alle (?)**

Die Vorgaben zur Telematikinfrastruktur hat der Gesetzgeber im E-Health-Gesetz (seit Ende 2015 in Kraft) festgelegt. Wollte man gegen die TI vorgehen, müsste man die Regelungen im E-Health-Gesetz überprüfen lassen. Es gibt aktuell verschiedene Initiativen von Gegner*innen der elektronischen Gesundheitskarte / Gematik / Telematikinfrastruktur in ganz Deutschland. Einzelne Ärzteverbände haben die Bundesregierung bereits aufgefordert, die eGK zu stoppen und zudem dezentrale, freiwillige IT-Lösungen zu ermöglichen, die Ärzte und Patienten für sinnvoll halten. Wichtig ist aber im Blick zu haben, dass im Rahmen der neuen Telematik-Infrastruktur (TI) zwischen verpflichtenden und freiwilligen Anwendungen unterschieden wird. Insbesondere für Psychotherapie-Patient*innen und Psychotherapeut*innen ist es wichtig zu wissen, dass (derzeit) die Elektronische Patientenakte und das Elektronische Patientenfach freiwillige Anwendungen sind. Hier müssen dann in der Praxis verantwortliche Entscheidungen getroffen werden, ob diese Anwendungen für den Bereich Psychotherapie grundsätzlich tragfähig sind oder nicht. Psychotherapie-Patient*innen bedürfen m.E. eines besonderen Schutzes vor dem Einblick in ihre Patientenakte. Grundlegende Informationen zur Gematik finden Sie [hier](#).

- **Psychotherapeutische Sprechstunde ist ab April Pflicht für Patient*innen**

Der Einstieg in die psychotherapeutische Versorgung erfolgt ab April verpflichtend für alle Patienten über eine Sprechstunde. Das Erstgespräch wurde mit der Strukturreform der ambulanten psychotherapeutischen Versorgung im vergangenen Jahr eingeführt. Eine einjährige Übergangsfrist endet jetzt. Ab 1. April gilt: Erst wenn ein Patient eine Psychotherapeutische Sprechstunde aufgesucht hat, kann mit probatorischen Sitzungen oder einer Akutbehandlung begonnen werden. Vorgeschrieben sind mindestens 50 Minuten.

Ausnahmen gibt es für Patient*innen, die aufgrund einer psychischen Erkrankung in einer stationären Krankenhausbehandlung oder rehabilitativen Behandlung waren. Sie können auch ohne vorherige Sprechstunde mit probatorischen Sitzungen oder einer Akutbehandlung anfangen. Dies gilt auch, wenn ein Therapeutenwechsel während einer laufenden Therapie erfolgt.

Seit einem Jahr muss bereits jede/r Ärztin/Arzt und jede/r Psychotherapeut/in, die/der eine Genehmigung zur Abrechnung von Richtlinienpsychotherapie hat, Sprechstunden anbieten. Eine Verpflichtung für Patient*innen, diese aufzusuchen, bestand bislang nicht.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

- **Datenschutz-Grundverordnung: Was Praxen jetzt tun müssen**

Am 25. Mai 2018 tritt die Datenschutzgrundverordnung der EU (DSGVO) in Kraft. Ergänzt wird sie durch das neue Bundesdatenschutzgesetz (BDSG-neu). Die Regelungen der DSGVO entsprechen vielfach dem derzeit geltenden Recht. Dennoch bringt sie zusätzliche Pflichten auch für selbstständige Psychotherapeut*innen mit sich. Ab dem Stichtag muss z.B. die Einhaltung des Datenschutzes nachgewiesen werden. Bei Verstößen gegen die Vorgaben des Datenschutzes gelten zudem deutlich härtere Sanktionen. Der Datenschutz wird mit der Neuregelung in allen Bereichen gegenüber dem bisher geltenden Recht verschärft (mit Auswirkungen u.a. auch auf das Haftungsrisiko). Für Einzelpraxen gelten allerdings zum Teil Ausnahmeregelungen, bspw. fällt die Folgenabschätzung bzgl. der Datenverarbeitungstätigkeit von Patientendaten weg.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

Kostenerstattung

- **2. Newsletter Kassenwatch: Ein Jahr nach der Reform der Richtlinie – Wie geht es weiter?**

Stimmen und Expertenmeinungen vom DGVT-Kongress

Das Kassenwatch-Team gibt in seinem aktuellen Newsletter neueste Informationen vom Jubiläumskongress der DGVT in Berlin. Ein Thema war: Vermittlung an KostenerstatterInnen durch Termin-Service-Stellen möglich?

Timo Harfst, wissenschaftlicher Referent der BPTK, referierte im Rahmen des Länderratssymposiums zur Richtlinienreform zu den Termin-Service-Stellen. Bislang seien die TSS je nach KV unterschiedlich organisiert. Dies solle zukünftig bundesweit unter derselben Telefonnummer und einheitlichen Sprechzeiten geschehen. Je nach Bundesland schwankt der Anteil der Anfragen nach Psychotherapie stark (Spitzenreiter: Schleswig-Holstein und Baden-Württemberg mit 55 %, Schlusslicht: Bayern mit 10 %). Bei nahezu allen KVen konnte die Vermittlungsfrist von vier Wochen eingehalten werden.

Der Newsletter kann [hier](#) abonniert werden.

- **Broschüre „Psychotherapie in der Kostenerstattung“ veröffentlicht -**

In unserer neu veröffentlichten Broschüre „Psychotherapie in der Kostenerstattung – Ein Ratgeber für PsychotherapeutInnen“ finden sich viele Informationen für die Organisation einer Kostenerstattungs-Praxis: Gesetzliche Grundlagen, Antragsverfahren im Detail, Abrechnung und Umgang mit Schwierigkeiten mit Kassen, Tipps für einen gelungenen Einstieg.

Die Broschüre ist [hier](#) abgelegt.

Rechtliches

- **SPD und Union vertagen Streit um Paragraph 219a**

Eigentlich wollte die SPD über einen Gesetzentwurf zum Werbeverbot von Abtreibungen abstimmen lassen. Nun suchen die Sozialdemokraten aber doch den Kompromiss - die Union habe Gesprächsbereitschaft signalisiert. Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

- **Bundesteilhabegesetz: Ergänzende Unabhängige Beratungsstellen**

Die ergänzende unabhängige Teilhabeberatung wird seit dem 01. Januar 2018 mit Mitteln des Bundes regional umgesetzt. Nach unseren Informationen wurden bereits in der ersten Förderphase 360 Ergänzende Unabhängige Teilhabeberatungsstellen (EUTB) bewilligt. 40 Bewilligungen sollen noch ausstehen. In der zweiten Förderphase sollen nochmals 120 Beratungsstellen eine Zusage erhalten. Das wären dann insgesamt 520 EUTB.

Bewilligt wurden überwiegend Teilzeitstellen mit einem Stellenanteil in der Größenordnung von 0,5 bis 0,7 Vollzeitkräfte. Das bedeutet, dass bundesweit knapp 1000 Berater/-innen tätig werden. Auf der Homepage der Gesellschaft für soziale Unternehmensberatung (gsub) können die bereits bewilligten Beratungsstellen eingesehen werden. Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

- **G-BA beschließt Reform der Bedarfsplanung für das Ruhrgebiet**

Mit Einführung der Bedarfsplanung im Jahr 1993 wurde das Ruhrgebiet, Deutschlands größter Ballungsraum, als eigener Planungstyp betrachtet, für den besondere Verhältniszahlen galten. Im Zuge der grundlegenden Reform der Bedarfsplanung 2012, in der die bisherigen Planungstypen geändert wurden, erhielt das Ruhrgebiet als zeitlich befristete Übergangsregelung bis zum 31.12.2017 einen Sonderstatus. Inwieweit die Planungsgrundlagen für das Ruhrgebiet eine Anpassung erfordern, wurde im G-BA seit 2014 intensiv beraten. Zu diesem Zweck wurde auch ein Gutachten in Auftrag gegeben, dessen Ergebnisse maßgeblich in die Diskussionen einfließen.

Der Beschluss des G-BA vom 17.11.2017 sieht zahlreiche Neuerungen vor. Diese traten am 01.01.2018 in Kraft und sind von den Landesausschüssen umzusetzen. Insgesamt entstehen nach Willen des G-BA im Ruhrgebiet in den kommenden zehn Jahren etwa 700 neue Zulassungsmöglichkeiten, vorwiegend bei den Hausärzten und Psychotherapeuten. (Dies entspricht in etwa der Summe aller Hausärzte und Psychotherapeuten in Bremen bzw. Düsseldorf).

Einzige Ausnahme bilden die Psychotherapeuten. Hier vertritt der G-BA die Auffassung, dass das Versorgungsniveau im Ruhrgebiet nicht voll entwickelt war, als diese Gruppe 1999 in die Bedarfsplanung aufgenommen wurde. Die Verhältniszahlen wurden deshalb auf das bei den anderen Arztgruppen übliche Niveau angepasst. Im Zuge dieser Anpassung entstehen etwa 85 neue Zulassungsmöglichkeiten.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

Aus der DGVT

- **Wechsel im Vorstand der DGVT**

Das Wahlergebnis der Mitgliederversammlung 2018

Die Wahl des DGVT-Vorstandes war einer der zahlreichen Tagesordnungspunkte der DGVT-Mitgliederversammlung, die am 2. März 2018 in Berlin stattfand. Oliver Kunz, Judith Schild und Bernhard Schäfer standen zur Wahl. Rudi Merod ist nach 10 Jahren aus dem geschäftsführenden Vorstand ausgeschieden. Er war bis zu diesem Zeitpunkt für den Bereich Qualitätssicherung, Forschung und Leitlinien zuständig. Die Teilnehmer*innen der Mitgliederversammlung dankten Rudi Merod für sein langjähriges Engagement. Judith Schild wurde im Amt bestätigt. Nachfolger von Rudi Merod wurde Oliver Kunz.

Geschäftsführender Vorstand:

Oliver Kunz

Judith Schild

Wolfgang Schreck

Über die weiteren Ergebnisse und Beschlüsse der Mitgliederversammlung informieren wir Sie unter anderem in der Verbandszeitschrift (VPP), Ausgabe 2/2018.

- **DGVT fordert gleichberechtigte gesellschaftliche Teilhabe von Frauen und deren Schutz vor Gewalt**

Presseinformation der DGVT. Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

- **Verantwortung nicht auf die Betroffenen übertragen**

Barmer-Arztreport dokumentiert rapide anwachsende Zahl psychischer Störungen bei jungen Erwachsenen – und zieht die falschen Schlüsse daraus.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

- DGVT-Preis-Vergabe 2018 im Rahmen des 30. DGVT-Kongresses für Klinische Psychologie, Psychotherapie und Beratung vom 28. Februar - 4. März 2018 in Berlin an der FU**

Bereits seit dem Jahr 2000 verleiht die DGVT im Rahmen ihres Kongresses Preise zur Förderung von Wissenschaft und Forschung im Bereich Psychotherapie/Verhaltenstherapie. Prämiert werden herausragende Leistungen bei der Weiterentwicklung der Verhaltenstherapie/Psychotherapie in gesundheitspolitischer Verantwortung und auf dem Gebiet gesundheitsförderlicher psychosozialer Prävention und Intervention. Der DGVT-Preis ist mit 2.500 Euro dotiert, der DGVT-Förderpreis mit 1.500 Euro.

Die DGVT-Preisträgerin 2018 ist Prof. Dr. Babette Renneberg, Berlin.
Die DGVT-Förderpreisträgerin 2018 ist Dr. rer. nat. Julia Velten.
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- DGVT-Kongress 2018 - Rückblick**

Zwei Jubiläen konnten mit dem DGVT-Kongress 2018 gefeiert werden. Die Deutsche Gesellschaft für Verhaltenstherapie wurde 50 Jahre alt und es konnte der 30. Kongress für Klinische Psychologie, Psychotherapie und Beratung in diesem Jahr in Berlin gefeiert werden. Und die DGVT tat dies ausgiebig und mit viel guter Laune.

Dies zeigte sich bereits in der gelungenen und gut besuchten Eröffnungsveranstaltung, in der Rudi Merod als DGVT-Vorstand die Teilnehmer*innen begrüßte. „Free Your Mind – Psychotherapie im Wandel“ lautete das Rahmenthema, das Nina Romanczuk-Seifert als Sprecherin der Inhaltlichen Planungsgruppe in ihrer Einführung ins Thema am Eröffnungsabend sehr frei mit „Macht euch frei“ übersetzte und damit die ersten Lacher erntete.

Klaus Hoffmann-Holland, Vizepräsident der Freien Universität Berlin begrüßte als Hausherr die Kongressteilnehmerinnen und -teilnehmer mit einer amüsanten Rede, in der er 50 Jahre DGVT anhand von Popsongs zum Thema „Mind“ skizzierte. Nach dem Grußwort von Dietrich Munz, dem Präsidenten der Bundespsychotherapeutenkammer, zur Ausbildungsreform, referierte Leslie Greenberg zu "Emotions in Process of Change".

Unser Resümee dieses 30. Kongresses für Klinische Psychologie, Psychotherapie und Beratung fällt positiv aus: Es hat sich gelohnt, diesen Kongress vorzubereiten und durchzuführen. Mit ca. 1.300 Teilnehmer*innen waren die Veranstaltungen bis einschließlich Sonntagvormittag gut besucht. Das ist eine Anerkennung, die eine inhaltliche Planungsgruppe braucht, um mit Lust und Engagement den 31. Kongress vorzubereiten, der allerdings erst 2021 stattfinden wird. 2019 laden wir Sie ein, den Weltkongress vom 17. bis 20. Juli in Berlin zu besuchen, den die DGVT mit vorbereitet. Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

Berichte zum Kongress werden nach und nach auf der [Homepage](#) unter Rückblick eingestellt.

Regionales

- Baden-Württemberg will Arbeitshilfe zur Erkennung von Kindeswohlgefährdung für Jugendämter entwickeln - Paritätischer Wohlfahrtsverband und Kinderschutzbund bieten Expertise an**

Das Land Baden-Württemberg und der Kommunalverband für Jugend und Soziales (KVJS) haben gemeinsam ein Konzept für die Stärkung des Kinderschutzes im Land auf den Weg gebracht. Ziel ist es, die baden-württembergischen Jugendämter dabei zu unterstützen, ihre Verfahren zum Kinderschutz kontinuierlich weiterzuentwickeln. Zur Entwicklung einer Arbeitshilfe für Jugendämter zur besseren Früherkennung und Einschätzung von Kindeswohlgefährdung soll eine Arbeitsgruppe von Experten/innen aus Wissenschaft und Praxis eingerichtet werden.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- Hessen eröffnet erstes Zentrum gegen Ärztemangel**

Gesundheitszentren sollen in Hessen den Ärztemangel auf dem Land lindern – und noch mehr. Denn Ärzte, Pfleger, Therapeuten und Betreuer arbeiten darin vernetzt. Das soll nicht nur der alternden Gesellschaft zugutekommen.

In der neuen Odenwald-Gemeinde Oberzent hat das erste von der schwarz-grünen hessischen Landesregierung geförderte Gesundheitszentrum offiziell seine Arbeit aufgenommen. Darin arbeiten Fachärzte nach einem integrierten Konzept. Das führe zu einem „sinnvollen Zusammenarbeiten der an der

Behandlung Beteiligten“. „Solche Modelle sind die gesundheitliche Versorgung der Zukunft“, betonte Grüttner, Minister für Soziales und Integration.

„Zunächst arbeiten dem Ministerium zufolge drei Mediziner in dem Zentrum, im Laufe des Jahres sollen noch fünf andere dazu kommen. Auch Physiotherapie und Osteopathie gibt es. Die Landesregierung hat das Projekt seit 2014 mit insgesamt rund 400.000 Euro unterstützt. Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

- **Sachsen-Anhalt - Zwei Kassen zahlen Viren-Schnelltest**
Viren- oder bakterienbedingte Erkrankungen in wenigen Minuten erkennen, das kann ein Schnelltest, den die AOK Sachsen-Anhalt und die IKK gesund plus ab sofort für ihre Versicherten finanzieren. Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- **Forderung der Abschaffung der Budgetierung ärztlicher Leistungen**
Schleswig-Holsteins Gesundheitsminister Heiner Garg hat angesichts der Rekordüberschüsse für Krankenkassen von der künftigen Bundesregierung die Abschaffung der Budgetierung ärztlicher Leistungen gefordert. Damit würde eine sofortige Verbesserung für gesetzliche Versicherte erreicht und ein einfacher und wirkungsvoller Beitrag zur Sicherung der Hausärzte-Versorgung auf dem Land, so Garg. Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

Termine – DGVT-Fortbildung

- **8. Sommerakademie**
Spiritualität und Sinnsuche in der Psychotherapie
21.-23. Juni 2018 in Rostock-Warnemünde.
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- **6. Tagung Psychotherapie-State-of-the-Art**
Aktuelle Ansätze der Traumatherapie
15.-16. September 2018
Weitere Informationen finden Sie in Kürze [hier](#).
- **Akzeptanz- und Commitment Therapie und japanische Kampfkunst**
14.-15. April 2018 in Potsdam
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- **Überwindung chronischen Aufschiebeverhaltens**
21. April 2018 in Frankfurt a. M.
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- **Paartherapie - Aufbauseminar 4**
Körper- und erlebnisorientierte Interventionen in der Paartherapie
27.-28. April 2018 in Berlin
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- **Akzeptanz- und Commitment Therapie (ACT) - Aufbau**
11.-12. Mai 2018 in München
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- **Traumatherapie (DGVT)**
Start der Reihe: 12. Mai 2018 in München
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- **Psychotherapie bei chronischer Depression - Weiterbildung zum/zur CBASP Therapeut*in**
Start der Reihe: 25. Mai 2018 in Dortmund
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- **Energetische Psychotherapie - Exposition mit sensorischer Stimulierung – Einführungsseminar**
01.-02. Juni 2018 in Hannover
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

- **Spieltherapeutische Interventionen in der Verhaltenstherapie – Einführung**
15.-16. Juni 2018 in Reutlingen
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- **Paartherapie - Aufbauseminar 5**
Achtsamkeitsorientierte und emotionsfokussierte Interventionen in der Paartherapie
29.-30. Juni 2018 in Berlin
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- **Psychopharmakologie**
07. Juli 2018 in Dortmund
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- **Spieltherapeutische Interventionen in der Verhaltenstherapie**
Start der Reihe: 27. Juli 2018 in Reutlingen
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- **Einführung in die Therapie mit komplex-traumatisierten dissoziativen Patient*innen**
01. September 2018 in Dortmund
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

Termine – DGVT-BV-Fortbildung

- **Praxisgründung**
26. Mai 2018 in München
09. Juni 2018 in Frankfurt am Main
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- **Wirtschaftliche Praxisführung**
23.-24. November 2018 in Frankfurt am Main
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

Termine der Landesgruppen

- **Berlin**
Wir laden Sie herzlich zu unserem nächsten Stammtisch der DGVT-Landesgruppe Berlin ein am Montag, 23.04.18 um 19.00 Uhr im DGVT-Ausbildungsinstitut (KJP) in der Innsbrucker Str. 14-15, 10825 Berlin. Wir freuen uns über eure/Ihre rege Teilnahme.
- **Hamburg**
Wir möchten Sie auf das nächste Netzwerktreffen Kostenerstattung der Hamburger Allianz unter Beteiligung der DGVT aufmerksam machen und herzlich dazu einladen. Es findet statt am Dienstag, 17. April 2018, von 20.00 – 21.45 Uhr an der Universität Hamburg, Edmund-Siemers-Allee 1, Raum OST 221.
Folge-Termine 2018 für das Netzwerk-Treffen „Kostenerstattung“: 26.06. und 16.10., jeweils von 20.00 - 21.30 Uhr, wieder im Hauptgebäude der Universität Hamburg, Edmund-Siemers-Allee 1, dann voraussichtlich wieder Flügelbau Ost, R. 221.
- **Niedersachsen**
Das jährliche Mitgliedertreffen mit Fortbildung ist aktuell in Planung. Voraussichtlicher Termin: 27.10.2018. Voraussichtliches Fortbildungsthema: EMDR bei Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen. Eine konkrete Einladung erfolgt noch.
- **Sachsen-Anhalt**
Mitgliedertreffen mit Vortrag der DGVT-Landesgruppe Sachsen-Anhalt.
Es findet statt am 25.04.2018, 18:00 – 20:00 Uhr im Seminarraum 5 des Magdeburger Ausbildungsinstitut für Psychotherapeutische Psychologie (Klausenerstraße 15, 39112 Magdeburg).